



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 06.06.2019, 17:05 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Entwicklungsbereich Bahnhofsareal
- Vorplanung zur Neugestaltung des Zentralen
Omnibusbahnhofes

Vorl.Nr. 132/19

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** und BMin **Nießen** begrüßen die Anwesenden zur Sitzung. Nachdem keine Einwände gegen die Tagesordnung vorgebracht werden, eröffnen sie die Sitzung und rufen Tagesordnungspunkt 1 auf.

Herr **Linder** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) erläutert den aktuellen Stand der Planungen zur Neugestaltung des ZOB anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift). Seit der letzten Vorstellung des Themas im Februar habe es Weiterentwicklungen gegeben. Der Busbahnhof werde eine kompakte Haltestellenanlage, bei der die verkehrliche Abwicklung des Busverkehrs im Vordergrund steht. Der ZOB werde insgesamt barrierefrei gestaltet. Neu sei, dass die Haltestellen von Buslinien mit dem gleichen Ziel zusammengeführt werden. Die Planungen zum BRT und zur Stadtbahn werden mitgedacht und laufend weiterentwickelt. Die Einbindung des Radverkehrs habe die Planer vor eine schwierige Aufgabe gestellt. Die Radführung über den Busbahnhof sei nicht zu realisieren; dies werde in späterer Sitzung vorgestellt. Gleichwohl bleibt der Bahnhof in das Radroutenkonzept integriert. Weiterer wichtiger Faktor des ZOB sei das Dach des Mittelbahnsteigs, das in innovativer Holzbautechnik errichtet werde. Abschließend geht Herr Linder auf die Finanzierung und Förderung sowie den Zeitplan ein.

Stadtrat **Herrmann** spricht von einem ehrgeizigen Zeitplan und bringt seine Freude über den Fortgang der Planungen zum Ausdruck. Er stellt Fragen zu den Taxiplätzen am Ostausgang des Bahnhofs, zu den öffentlichen Toiletten und fragt, ob der Hol- und Bringverkehr zum Bahnhof in den Planungen berücksichtigt ist und wie die Bauabwicklung geplant sei. Große Belastungen während der Bauphase müssten vermieden werden. Es handle sich um eine große Investition für den städtischen Haushalt, gleichwohl sei es eine notwendige Auffrischung des ZOB.

Ihr Lob für die Planung spricht Stadträtin **Dr. Knoß** aus. Die Integration von BRT und Stadtbahn müsse funktionieren und schon heute mitgedacht werden. Es stelle sich ihr die Frage, wie die Stadtbahn und auch die Radler von Norden her den ZOB anfahren können. Wichtig sei die Gestaltung mit Aufenthaltsqualität und die Verwendung von glatten Oberflächen, und kein Kopfsteinpflaster wie auf der Westseite des Bahnhofs. Da die Taxiplätze auf der Westseite nicht genügend genutzt werden, plädiert Stadträtin Dr. Knoß für eine digitale Anzeige am Bahnhof, woraus ersichtlich werde, auf welcher Seite des Bahnhofs Taxis stehen. Der Individualverkehr müsste gänzlich von der Ostseite des Bahnhofs verschwinden, da er den Busverkehr behindert. Gleichzeitig sollte die Situation des Abhol- und Bringbereichs am Westausgang verbessert werden.

Stadträtin **Liepins** fasst zusammen, dass es aufgrund der Enge des Raumes ein schwieriger Ort sei.

Der Siegerentwurf des Wettbewerbs sei gut damit umgegangen. Sie fragt nach der genauen Abwicklung des Busverkehrs und warum die Stadtbahn nun auf der Stadtseite den Bahnhof anfahren soll. Außerdem erkundigt sie sich nach den Vor- und Nachteilen der langen Halteborde, nach der genauen Radwegführung sowie nach der zweiten Bahnsteigunterführung. Sie hofft auf gut sichtbare Fußgängerüberwege am ZOB und auf öffentliche Toiletten, die auch tagsüber geöffnet sind. Das Holzdach biete womöglich nicht den erhofften Wetterschutz, daher sei ein Warteraum nötig.

Seine Fraktion sei gegen die Herausnahme des motorisierten Individualverkehrs vor dem Bahnhof, so Stadtrat **Rothacker**. Er hofft auf eine sinnvolle Gestaltung des nachhaltigen Holzdaches und auf die Bewilligung von Fördergeldern. Die Freibereiche, insbesondere der Bahnhofsvorplatz müssten gut gestaltet werden. Da durch den Bau der Stadtbahn viele Bäume in der Stadt fallen werden müssen, sei der platzbedingte Wegfall der Bäume am ZOB verschmerzbar.

Stadträtin **Burkhardt** spricht die Häuserreihe an Gleis 1 an, bei denen im Zuge des Abrisses die Eigentumsverhältnisse geklärt sein müssen. Der Vorplatz des Bahnhofs sollte dem Haupteingang angemessen gestaltet werden und die sichere Führung der Fußgänger gewährleistet sein. Sie fragt, wo die öffentlichen Toiletten geplant seien, wie das Holzdach gegen Wind und Wetter schützt und wie es selbst vor Verschmutzung geschützt werde. Die beabsichtigten Baumfällungen könne sich nicht hinnehmen, es seien auch große Bäume darunter. Außerdem sei seit dem Wegfall der Grünfläche auf dem Kallenberg'schen Gelände eine Grünfläche in Bahnhofsnähe dringend nötig.

Die zweite Bahnsteigunterführung sollte im gleichen Zuge wie der ZOB gebaut werden, meint Stadtrat **Lettrari**. Ebenso sollte mit dem Bahnhofs-Eigentümer über die Gestaltung des Gebäudes geredet werden. Der Autoverkehr sollte nicht herausgenommen werden. Es sei insgesamt erfreulich, dass die Planungen voranschreiten. Er fragt nach der Möglichkeit zur Querung mit dem Fahrrad.

Herr **Kurt** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) nennt angesichts der Rückmeldungen aus dem Gremium die Thematik als hochkomplex. In der Erreichung eines guten Kompromisses müsste man die verschiedenen Positionen abwägen. Geplant sei, den Autoverkehr auf der Ostseite zu belassen. Für Fußgänger soll der ZOB einladender und ohne Kopfsteinpflaster gestaltet werden. Die Durchfahrt mit dem Fahrrad über den ZOB werde aufgrund der Enge nicht möglich sein, gleichwohl aber die Erreichbarkeit aus allen Richtungen. Die Taxistellplätze seien weiterhin auf der Ostseite des Bahnhofs vorgesehen.

Herr **Linder** ergänzt, dass durch die Entscheidung zur Niederflur-Stadtbahn die Bahnsteige im Mischverkehr zusammen mit den Bussen genutzt werden können. Die gerade Aufstellung der Busse sei im Betrieb flexibler als die momentanen Sägezahn-Busbuchten; der minimale Versatz erlaube die barrierefreie Realisierung. Zum Dach erläutert er, dass die Höhe durch die Stadtbahn bedingt sei. Da es auskrage, gehe man davon aus, dass die Wartenden vor Schlagregen mit einer Neigung von 30° geschützt seien. Es seien Warteböden und Glaswände mit Sitzmöbeln geplant. Ebenfalls seien auf der verbreiterten Mittelinsel kleine Geschäfte und eine öffentliche Toilette möglich.

Die Antwort auf die Frage von Stadtrat **Remmele** nach den Kosten des Holzdaches pro Quadratmeter werde nachgeliefert, so Herr **Linder**.

Auf die Nachfrage von Stadtrat **Bauer**, woher und wohin die Stadtbahn vor und nach dem ZOB fährt, antwortet BM **Iik**, dass sie von der Leonberger Straße her einfahre und über den

Schillerdurchlass in Richtung Norden weiterfährt.

Stadtrat **Juranek** äußert, dass die Planer den Raum gut genutzt habe. Es werde weiterhin eine Überschneidung der Verkehrsarten geben, vor allem vor dem Bahnhofsgebäude. Aufgrund der Tatsache, dass der Busverkehr quantitativ weiter ausgebaut werden soll, mache es aus seiner Sicht keinen Sinn, den motorisierten Individualverkehr vor der Ostseite des Bahnhofs zu erhalten.

BM **Ilk** dankt für die Rückmeldungen aus dem Gremium und schließt den Tagesordnungspunkt.

Beratungsverlauf:

Der Bericht zum aktuellen Sachstand bei den Planungen zum Umbau des Walckerparks erfolgt durch Frau **Dr. Mayer-Dukart** und Herrn **Strass** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung). Anhand einer Präsentation gehen sie vor allem auf die Aspekte Lärmschutz, Erhaltung von Stadtgrün, die begrünte Parkgarage und die Förderung durch Städtebaumittel ein. Im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt am 27.06.2019 werde das Thema erneut beraten.

Die CDU-Fraktion habe ursprünglich die Planungen abgelehnt, so Stadtrat **Braumann**. Am 23. Januar 2019 seien erneut Planungen vorgestellt worden und die Fraktion habe sich für die Variante 2 ausgesprochen. Der Bau der Hochgarage sei positiv, ebenso die Erhöhung der Anzahl der Stellplätze; die Nutzung als Quartiersgarage sei anzustreben. Auch der Bürgerverein Untere Stadt unterstützt die vorgelegten Planungen. Die Fraktion werde das weitere Vorgehen positiv begleiten.

Aus Sicht von Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** sollte die Grüne Lunge grün bleiben. Mit dem Bau der Hochgarage setze man ein falsches Signal. Man sollte versuchen, nicht den Parkverkehr und die Autos anzulocken.

Stadtrat **Juranek** zeigt sich verwundert, dass die Planungen weitergingen, obwohl die Stadt bei der Vergabe der Landesgartenschau nicht berücksichtigt wurde. Gleichwohl sei die Planung sehr gut. Das Parkhaus sei aufgrund der Rückmeldungen der Anwohner notwendig. Zu klären sei, ob die Parkierungsflächen öffentlich oder privat zugänglich seien. Die Fraktion werde zustimmen.

Endlich werde ein begrüntes Parkhaus gebaut, was die Freien Wähler seit langem fordern, führt Stadtrat **Rothacker** aus. Es sei ein Park für die gesamte Untere Stadt, man solle die Fläche nicht nur auf die Parkierung reduzieren. Er bringt die Hoffnung zum Ausdruck, dass die Städtebaumittel abgerufen werden können. Das Parkhaus sei notwendig für die Nutzer, die dort heute schon parken. Insgesamt sei es ein nachhaltiges Projekt.

Stadträtin **Burkhardt** spricht von einer Aufwertung der Grünflächen. Sie gibt zu bedenken, dass es in Ludwigsburg noch lange dauern werde, bis die Einsicht kommt, dass Bäume wichtiger als

Parkplätze seien.

Stadtrat **Lettrari** sieht einen hohen Parkdruck in der Gegend durch die tägliche Frequentierung der benachbarten Moschee.

Erneut werde das Thema am 27. Juni 2019 im Bauausschuss beraten, so BMin **Nießen**. Die Unterlagen werden rechtzeitig zur Verfügung gestellt. Die Parkraumbewirtschaftung in der Unteren Stadt sei wichtig und befinde sich momentan in der Planung. Positiv sei die reversible Variante mit dem rückbaufähigen Parkhaus aufgrund der sich abzeichnenden Veränderung im Mobilitätsverhalten. Der Walckerpark werde Teil der neuerlichen Bewerbung um die Landesgartenschau, die die Stadt anstrebe. Ziel der Planung sei insgesamt die Aufwertung der Parkfläche gewesen. Unterstützt werde die Planung auch vom Bürgerverein Untere Stadt.

Beratungsverlauf:

Die Vorstellung des Projekts erfolgt durch Frau **Jakubek** (Stabsstelle Klima, Energie und Europa). Sie erläutert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, die geplanten Aktionen. Insbesondere geht sie dabei auf die Bürgerbeteiligung vor Ort und im Internet ein und stellt den Zeitplan vor. Abschließend legt sie die Finanzierung und die Förderung des Projekts dar.

Laut Stadtrat **Braumann** könne jeder einen Beitrag zum Klimaschutz im Alltag leisten. Viele der Maßnahmen seien nicht neu, sondern seien schon von den Großeltern angewandt worden. Trotzdem müsse auf vieles wieder hingewiesen werden. Die Industrieländer stünden in einer besonderen Verantwortung für die eine Welt. Es sei wichtig, vor Ort damit anzufangen. Die Fraktion unterstütze das Projekt, das hoffentlich in der Stadt Schule macht. Einige Maßnahmen werden auch Geld kosten.

Lob spricht Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** aus. Einiges in Grünbühl-Sonnenberg, wie das Repair-Café, gehe bereits in die Richtung. Sie bittet, die Erfolge und Maßnahmen öffentlich zu machen; die Effekte dürften am Ende nicht verpuffen.

Stadträtin **Orzechowski** findet das Projekt loblich und wundert sich, warum es im kleinsten Ludwigsburger Stadtteil begonnen werde. Der Stadtteil sei nach dem Krieg für Flüchtlinge errichtet worden, die Entbehrungen erleiden mussten, daher sei Grünbühl nicht als verschwenderischer Stadtteil bekannt. Die Gebäude in Sonnenberg seien auf dem aktuellen Stand bei der energetischen Sanierung.

Der Enthusiasmus solle überspringen, meint Stadtrat **Rothacker**. Die Laufzeit von 5 Jahren sei sinnvoll, denn ein Umdenken im Alltag sei erst über einen längeren Zeitraum möglich. Da es ein junger Stadtteil sei, könne sich dort tatsächlich etwas ändern, was auch für andere Stadtteile angewandt werden könne.

Stadträtin **Burkhardt** wünscht dem Projekt viel Erfolg und hofft auf Erkenntnisse und Ergebnisse, die für ganz Ludwigsburg positiv sind.

BMin **Nießen** und BM **Ilk** schließen daraufhin die Sitzung.